

Per E-Mail  
An die Mitglieder der SPK-S

Bern, 5. April 2024

## **Sitzung der SPK-S vom 9. April 2024: Pa. Iv. 22.485. Transparenz bei Einkünften aus Nebentätigkeiten von Parlamentarierinnen und Parlamentariern durch Spannbreiten<sup>1</sup>**

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Mitglieder der SPK-S

Wir beantragen Ihnen, an Ihrem Entscheid vom 19. Oktober 2023 festzuhalten und Ihrem Rat zu beantragen, der oben genannten parlamentarischen Initiative aus den folgenden Gründen Folge zu geben:

- Das Parlament lehnte Ende 2022 aus verfassungsrechtlichen Überlegungen die Pa. Iv. 19.414 «Verbot der Annahme von bezahlten Mandaten im Zusammenhang mit der Einsitznahme in parlamentarischen Kommissionen» ab. Die Pa. Iv. wollte einen Kernbereich des heiklen Einflusses des Geldes auf die Politik regeln. Die nunmehr vorliegende Pa. Iv. 22.485 knüpft an die frühere Pa. Iv. an und trägt den verfassungsrechtlichen Bedenken des Parlaments Rechnung.
- Mittlerweile ist breit anerkannt, dass über die weit verbreitete Annahme von Nebenmandaten durch die Ratsmitglieder heikle Abhängigkeiten entstehen können, insbesondere dann, wenn diese Mandate (hoch) entschädigt werden. Es ist deshalb wichtig, diese allfälligen Abhängigkeiten offenzulegen, indem die Entschädigungen aus den Nebenmandaten bekannt gegeben werden. Dadurch werden gleichzeitig das Vertrauen in die Politik und deren Glaubwürdigkeit gestärkt. Die Pa. Iv. zielt deshalb in die richtige Richtung, indem sie die Offenlegung der Einkommensspannen aus den Nebenmandaten verlangt.
- Die Ratsmitglieder sind zunehmend freiwillig bereit, die Entschädigungen aus ihren Nebenmandaten offenzulegen, wie die jüngste Umfrage von Lobbywatch offenbart. 58% der Ratsmitglieder gaben gegenüber Lobbywatch bekannt, was sie mit den Nebenmandaten verdienen, während dies vor sechs Jahren bloss 25% taten. Dabei bestehen Unterschiede zwischen den beiden Räten und den Geschlechtern sowie bei der Parteizugehörigkeiten und der Amtsdauer.<sup>2</sup> Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass ein Abstellen auf Freiwilligkeit nicht genügt. 42% der Parlamentarierinnen und Parlamentarier legen die Einkünfte aus ihren Nebenmandaten weiterhin nicht offen.
- Die Pa. Iv. kommt den internationalen Verpflichtungen nach, welche die Schweiz eingegangen ist. So verlangt die GRECO (Staatengruppe des Europarats zur Korruptionsbekämpfung) zu Recht, dass die

---

<sup>1</sup> Aus Transparenzgründen und im Sinne einer offenen, legitimen Lobbying-Tätigkeit veröffentlicht Transparency Schweiz dieses Dokument nach erfolgter Kommissionsdiskussion auf [www.transparency.ch](http://www.transparency.ch).

<sup>2</sup> Siehe <https://lobbywatch.ch/de/artikel/transparenzliste-2024-da>.

Ratsmitglieder quantitative Angaben zu ihren finanziellen und wirtschaftlichen Interessen machen müssen, die sich aus den Nebenmandaten ergeben.<sup>3</sup>

Besten Dank für die Berücksichtigung dieser Argumente bei Ihrer Behandlung des Geschäfts.

Bei Fragen und für zusätzliche Auskünfte stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Prof. Dr. iur. Markus Schefer  
Präsident



Dr. iur. Martin Hilti, Rechtsanwalt  
Geschäftsführer

---

<sup>3</sup> Siehe GRECO, Vierte Evaluationsrunde, Evaluationsbericht sowie erster und zweiter Konformitätsbericht Schweiz  
<https://www.coe.int/en/web/greco/evaluations/switzerland>.